

Alexander Ulrich
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
☎(030) 227 – 72509
☎(030) 227 – 76508
✉alexander.ulrich@bundestag.de

Pressemitteilung

„Rente mit 67 bedeutet weitere Rentenkürzung und noch weniger Arbeitsplätze für Jüngere“

MdB Alexander Ulrich wird im Bundestag Rentenreform ablehnen

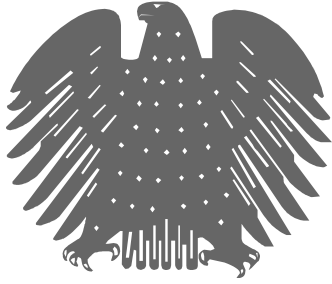
Bei der am Freitag stattfindenden namentlichen Abstimmung zur Rente mit 67 wird der rheinlandpfälzische WASG-Landesvorsitzende Alexander Ulrich aus der Fraktion DIE LINKE. mit `NEIN` stimmen und die von der Bundesregierung vorgelegten Gesetze ablehnen.

Alexander Ulrich:

„Ich werde im Bundestag gegen die geplante Anhebung des Rentenalters stimmen. Die Erhöhung auf 67 ist unverantwortlich, da es jetzt schon ca. 1,6 Mio. über fünfzigjährige Arbeitslose gibt und eine Besserung ist nicht in Sicht.

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, besonders jene in stark belastenden Tätigkeiten, wie z.B. Schichtarbeit, sind schon vor dem 65. Lebensjahr den beruflichen Anforderungen nicht mehr gewachsen. Für sie läuft die Anhebung des Renteneintrittsalters auf eine weitere Rentenkürzung verbunden mit Altersarmut hinaus. Während die Bundesregierung beschließt, das Renteneintrittsalter anzuheben, werden immer mehr ältere Arbeitnehmer arbeitslos und die jüngere Generation findet keinen Einstieg ins Berufsleben. Nach der Mehrwertsteuererhöhung und der Gesundheitsreform drückt die Bundesregierung einmal mehr ein Gesetz gegen die Mehrheit und die Interessen der Bevölkerung durch. Über 70 % der Bevölkerung lehnen die Rente mit 67 ab. Dieser Beschluss steht auch im Gegensatz zu all dem, was SPD und CDU den Wählerinnen und Wählern im Wahlkampf versprochen haben.

Die von der Regierung immer wieder bemühte Demografie ist nicht überzeugend. Die Sicherheit unseres Rentensystems hängt nicht davon ab, wie viel Jüngere es im Verhältnis zu den Älteren gibt. Entscheidend ist wie viel Beitragszahler kommen auf die Rentenbezieher und wie hoch sind die Einkommen der Beschäftigten.



Alexander Ulrich
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
☎(030) 227 – 72509
☎(030) 227 – 76508
✉alexander.ulrich@bundestag.de

Pressemitteilung

Daher ist es zwingend notwendig die Massenarbeitslosigkeit durch Zukunftsinvestitionen zu bekämpfen und Minijobs und prekäre Beschäftigungsverhältnisse zurückzudrängen und in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln.

Durch eine Beitragssatzerhöhung von 0,25 % für Arbeitnehmer und Arbeitgeber könnte die Rente mit 67 verhindert werden. Durch eine Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze sollten hohe Einkommen stärker als bisher zur Finanzierung herangezogen und alle Einkunftsformen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Durch solche Veränderungen könnte die Rentenversicherung zukunftsfest umgebaut werden.

Um den Ausstieg aus dem Erwerbsleben auch vor dem Renteneintrittsalter zu ermöglichen, ist es notwendig, das Altersteilzeitgesetz über das Jahr 2009 hinaus fortzuführen. Viele betriebliche Erfahrungen zeigen, dass damit die Übernahme von Auszubildenden erleichtert, Entlassungen vermieden oder Neueinstellungen ermöglicht werden.

Für Rückfragen: 0173- 3025678